



Alexander Petring, 1976 in Bünde geboren, studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Heidelberg, wo er von 2002 bis 2004 in einem DFG-Forschungsprojekt über „Dritte Wege in Europa“ arbeitete. Seit 2004 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der WZB-Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“.  
[Foto: David Ausserhofer]

## √Europa

Die bizarren Kaczyński-Argumente verweisen auf ein echtes Demokratie-Problem

Es ist so eine Sache mit den Quadratwurzeln. Wenn man sich – zu welchem Zweck auch immer – auf die Suche nach der Quadratwurzel einer Zahl macht, wird man auf zwei Lösungen kommen: eine positive und eine negative. Bei manchen Zahlen erhält man zusätzlich sogar eine irrationale Lösung (zum Beispiel  $\sqrt{2} = \pm 1,4142135\dots$ ). Der Beweis für diese bisweilen zu Tage tretende Irrationalität ist übrigens auf einen Vertreter des ganz alten Europa zurückzuführen: Euklid.

Auf dem Weg von jenem ganz alten Europa zum alten Europa haben sich Gepflogenheiten herausgebildet, die den Umgang mit dem vielschichtigen Quadratwurzelphänomen deutlich erleichtert haben. So gibt man üblicherweise die positive Variante als Quadratwurzel an. Und der Umgang mit irrationalen Zahlen wurde spätestens mit dem Einsatz moderner Computer auf die Frage reduziert, wie vielen Nachkommastellen man auf dem Bildschirm begegnen möchte.

Die Europäische Union war bislang ein Paradebeispiel für die politische Anwendung dieser Gepflogenheiten: Verhandlungsergebnisse wurden stets als positive Lösung definiert, Irrationalitäten in die Untiefen der Brüsseler Bürokratie verlagert. Auf dem jüngsten EU-Gipfel wurde jedoch mit einigen Sitten gebrochen. Das polnische Zwillinge- und Führungsduo Kaczyński hat sich in dieser Hinsicht besonders hervorgetan. So war zwar nur einer der beiden anwesend und führte die Verhandlungen (Präsident Lech Kaczyński), ausschlaggebend war jedoch die telefonisch eingeholte Meinung des daheim gebliebenen anderen (Ministerpräsident Jarosław Kaczyński). Diese Aufteilung verärgerte nicht nur Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, der sagte: „Die Verhandlungen mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczyński vor Ort und dem Premierminister Jarosław Kaczyński in Warschau waren nahe an der Zumutbarkeitsgrenze.“

Die Zwillinge hatten vor dem Gipfel schon durch gewagte Rechenspiele von sich reden gemacht. So sollten nicht tatsächliche, sondern um Kriegstote bereinigte Einwohnerzahlen die Grundlage für die zukünftige Stimmverteilung im Ministerrat bilden. Manch ein Deutscher, der die Gnade der späten Geburt erfahren und deswegen auch keine Zwiebeln zu häuten hat, mag sich gefragt haben, warum man dem polnischen Brüderpaar

nicht die Landesgrenzen und Einwohnerzahlen von 1910 als Referenzgröße vorgeschlagen hat: Damals gab es gar kein Polen. Man darf getrost bezweifeln, ob ein solches Argument der Verhandlungsatmosphäre gut getan hätte. Zumindest wäre ein identisches Argumentationsniveau erreicht. Die Zukunft Europas auf der Grundlage der schlimmsten Zeit der europäischen Geschichte zu gestalten, erscheint mehr als irrational.

Und doch lohnt es, sich für einen Augenblick zu fragen, was das polnische Führungsduo zu diesen Handlungen bewegt haben mag. Warum hielt die polnische Regierung den Streit über die Stimmengewichtung im Ministerrat für eine existenzielle Frage – „Quadratwurzel oder der Tod“? Es scheint sich hierbei um eine merkwürdige Konstante in der polnischen EU-Politik zu handeln, denn 2003 lautete die Losung „Nizza oder der Tod“. Die martialische Ausdrucksweise hat allem Anschein nach zunächst eher innen- als europapolitische Gründe. Denn bislang hat Polen bei Abstimmungen im Ministerrat noch nie mit Nein gestimmt. Auf dem Gipfel sendete die Regierung nun das Signal, in Brüssel vornehmlich die Interessen der polnischen Bürger zu vertreten. Ein durchschaubar populistischer Versuch, sich dem eigenen Volk als wahre Patrioten zu präsentieren.

Manche Beobachter trauern nun den guten alten Zeiten nach, in denen überzeugte, echte Europäer im kleinen Kreis das Gemeinwohl der Europäischen Union zu mehrten suchten. Doch nationale Interessenpolitik wurde in Brüssel zu allen Zeiten betrieben. Bis heute verteidigt Frankreich die protektionistische und in höchstem Maße ungerechte „Gemeinsame Agrarpolitik“, die Briten halten am Rabatt für ihre Beiträge in den gemeinsamen EU-Haushalt fest – 1984 vehement von der Eisernen Lady Thatcher durchgesetzt und seither als Zugeständnis an den Euroskeptizismus der Inselbewohner beibehalten –, Spanien klammert sich an seine überproportionalen Regionalhilfen, die dem Land Olivenhaine und wunderbare Straßen durch entlegene Landstriche beschert haben.

Neu hingegen ist die polnische Art und Weise, mit der nationale Interessen befördert werden sollen. Aber sind Geheimgespräche in Kaminzimmern, bei denen die Männerfreunde Kohl und Mitterand die Zukunft Europas ausgekungelt haben, wirklich demo-

kratischer als ein Streit über formale Stimmenverhältnisse? Jenes Verhalten und die Politik der politischen Elite und ihrer Nachfolger in der Prä-Kaczyński-Zeit haben einen nicht unerheblichen Teil zu den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden beigetragen.

Krude Argumente hin, Telefonate her, wie ist es um die inhaltliche Substanz des Quadratwurzelarguments bestellt? Die Anwendung der Formel führt dazu, dass sich die Unterschiede in der Einwohnerzahl deutlich geringer in der Stimmverteilung im Ministerrat widerspiegeln als im Vertrag von Nizza. Dieses Ansinnen ist keinesfalls absurd. In vielen föderal organisierten Ländern fällt die Repräsentation der Einwohnerzahlen in den zweiten Kammern noch deutlich geringer aus. Im amerikanischen und australischen Senat sind alle Bundesstaaten gleich vertreten, in Deutschland variiert die Stimmverteilung im Bundesrat lediglich zwischen drei und sechs Stimmen.

Ist der polnische Vorschlag also demokratisch lupenrein, kann und will er den Weg zu einem föderalen Europa ebnen? Der Verfassungsvertrag sah das Prinzip der „doppelten Mehrheit“ als Abstimmungsmodus vor. Hier hätten alle Mitgliedsländer zunächst nur über eine Stimme verfügt, die erforderliche Mehrheit sollte bei 55 Prozent liegen. Gleichzeitig müssten diese 55 Prozent der Mitgliedsländer jedoch 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Im Wesentlichen dreht sich die Debatte also um die Frage, inwieweit die Bevölkerungszahlen Einfluss auf die Stimmzahl im Ministerrat haben soll.

Betrachtet man die politische Konstruktion der Europäischen Union, erweist sich dieser Streit indes als Scheindebatte. Denn sowohl der Vertrag von Nizza als auch der Verfassungsentwurf ändern am größten Konstruktionsproblem der Union nichts. Hätte die EU ein echtes Zweikammersystem, müsste sich das Augenmerk sehr viel stärker auf das Europäische Parlament und nicht auf den Ministerrat richten. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament findet nämlich ebenfalls ein Länderschlüssel Anwendung. Das führt dazu, dass ein deutscher Abgeordneter rund 829.000 Wähler vertritt, ein Abgeordneter Maltas hingegen nur 75.000 Wähler. Der Einfluss einer Wählerstimme ist in Europa also in höchstem Maße ungleich, auf nationaler Ebene wäre eine solche Ungleichgewichtung zweifellos verfassungswidrig.

Wenn der Weg zu einem demokratischen und transparenten Europa ernsthaft beschritten werden soll, müsste das Parlament die Bürger der Europäischen Union vertreten und nicht die Nationen. Es bräuchte *europäische* Wahlkreise und nicht *nationale* Wahlen zum Europaparlament. Und gleichzeitig müsste das Parlament in seinen Kompetenzen deutlich aufgewertet und an allen Entscheidungen beteiligt werden. Dann wäre der Streit, ob im Ministerrat als „zweiter Kammer“ die Länder nach dem Gleichheitsprinzip mit je einer Stimme oder aber abgeschwächt proportional nach dem Quadratwurzelprinzip vertreten sind, auch eine ernstzunehmende Auseinandersetzung über eine positive Lösung für die Europäische Union – und nicht das negative und irrationale Ergebnis eines EU-Gipfels.